



Drittmittel für die Lehre statt unentgeltliche Zweitklassigkeit

Wolfgang A. Herrmann

Abschlussreferat bei Kongress der Bayerischen Rektorenkonferenz
„Studienqualität gestalten – Neue Wege der Studienfinanzierung“,
München, 27. - 28. März 2003

Meine verehrten Damen und Herren,
liebe Kollegen von der Bayerischen Rektorenkonferenz,

Zum Abschluss unseres zweitägigen Kongresses habe ich mir das Bild aus dem Vortrag von CareerConcept gewünscht. Es zeigt junge, fröhliche, optimistische Menschen, die uns daran erinnern, dass es die Jugend ist, die im Mittelpunkt unseres Kongressthemas steht. Ihnen schulden wir die Perspektive exzellenter Hochschulbildung und Antworten auf die Frage nach deren Finanzierung.

Wir haben uns im wesentlichen mit der Qualitätssteigerung und deren Gegenfinanzierung an den *Universitäten* befasst, die Fachhochschulen jedoch weitestgehend ausgeblendet. Dies diente der Einfachheit der Argumentation, denn die ausgetauschten Argumente gelten sinngemäß für die Fachhochschulen, deren weiteren raschen Ausbau ich für unser Bildungswesen im übrigen für dringend angezeigt halte.

Auf die Universitäten bezogen, hat der Kongress gezeigt, dass die Differenzierung in Lehruniversitäten bzw. Forschungsuniversitäten kein bildungspolitisch überzeugender Weg wäre. Universität bedeutet: den jungen Menschen am Forschungsgegenstand methodisch und wissenschaftlich auszubilden, ihn in die Tiefe der Wissenschaft zu führen, damit er selbst erfährt, Wissenschaft zu begreifen, einen *„Begriff von Wissenschaft“* zu bekommen (Humboldt), sich für eine gewisse Zeit an der

Wissenschaft zu fordern und dabei auch Wertschätzung vor der Wissenschaft aus persönlicher Anschauung zu gewinnen. Diesen Respekt vor der Wissenschaft benötigt unsere ganze Gesellschaft, und wenn wir die Multiplikatoren nicht an unseren Universitäten in der Selbsterfahrung der Wissenschaft ausbilden, wird uns der Respekt vor der Wissenschaft und damit vor dem Fortschritt - gesellschaftlich ebenso wie wissenschaftlich-technisch - später fehlen. Wo Wissenschaft nicht wächst, dort kann sie auch nicht geerntet werden. Wo aber die Wissenschaft stark ist, dort ist auch die Wirtschaft stark. Wo beide stark sind, dort entwickelt sich die gesellschaftliche Kultur weiter.

Gewiss gibt es Universitäten, deren Forschungsexzellenz sich leider nicht als Ausbildungsexzellenz abbildet. Dafür den "Ehrentitel Forschungsuniversität" zu verleihen, ginge an der Idee von Universität vorbei. Wissenschaft rechtfertigt sich an der Universität aus ihrer Multiplikatorfunktion für die junge Generation. Tatsächlich bezieht sich der Denkansatz unseres Kongresses auf die spezifische Verbesserung des Lehrangebots, und das ist natürlich Lehre unter Heranführung an die wissenschaftliche Forschung. Darin erschöpft sich jedoch akademische Lehre nicht. Vielmehr besteht sie überwiegend darin, dass die methodischen Grundlagen vermittelt, exemplarisch vertieft und durch eigenen Erkenntnisgewinn erweitert werden. Damit wird Wissenschaft zum Fluidum, in dem sich die akademische Lehre ereignet.

Unbestrittenermaßen ist akademische Bildung über weite Strecken ein Allgemeingut, aber sie ist durch die daraus gewonnene individuelle Wertschöpfung eben auch ein ganz persönlicher Vorteil: nicht nur finanziell durch ein im Vergleich zu nichtakademischen Berufen höheres Lebensarbeitseinkommen, auch ist die Gefahr von Arbeitslosigkeit geringer, das Sozialprestige ist höher. Die Bildungschancen für die Kinder sind größer, und so fort. Es ist schwer zu erkennen, wo ein Risiko ins Berufsleben verlagert sein soll, wenn Bildungsbeiträge als individuelle Kostenbeiträge zum Hochschulstudium erhoben werden. Es gibt wahrlich größere Lebensrisiken. Statt der deutschen Angst ist mehr Vertrauen in die eigene Kraft der Wertschöpfung angesagt.

Das Lebensgefühl unserer Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten der Illusion anheim gefallen, der Staat sei allumfassende Versorgungsinstitution. Von dieser Illusion blieb das Bildungswesen nicht verschont. Ungewohnt ist deshalb der Gedanke,

dass angesichts nochmals gestiegener Qualitätsansprüche und abnehmender Einnahmen der Staat diese Leistungsfähigkeit nicht mehr schultern kann.

Wie Herr Kollege Küpper sehr treffend gesagt hat, besteht die Aufgabe der Politik darin, Steuerungsmechanismen aufzubauen: Regelkreise, auf die sich der Ingenieur verlassen kann. Diese Regelkreise wurde in den letzten Jahren durch mutige Initiativen, die häufig aus den Universitäten selbst gekommen sind, Zug um Zug aufgebaut: beispielsweise die Verstärkung des Wettbewerbsgedankens, unterstützt durch staatliche Maßnahmen etwa bei der Bewirtschaftung, höhere Flexibilität, das Überjährigkeitsprinzip, die Möglichkeit zur Kapitalisierung von Stengehältern, die Bewirtschaftung der Zinsen auf Forschungsdrittmittel, Zielvereinbarungen innerhalb der Universitäten. Freilich funktionieren auch die besten Regelkreise nicht mehr, wenn ihnen die finanzielle Basis wegbricht. Das Rezept heißt: *Steuern geht vor kontrollieren*.

Der Staat hat sich geöffnet, was die Organisation von Hochschulen betrifft. Er hat eingesehen, dass der Einheitszustand der Universitäten den Wettbewerbsgedanken unterdrückt. Einheitshochschulen sind für Sponsoren und Mäzene nicht attraktiv. Geld gibt es nur für profilierte Produkte und Dienstleistungen, und für spezifische Ziele, die aus den jeweiligen Universitäten heraus überzeugend formuliert sind. Wir haben in den letzten 30 Jahren erfahren, was es heißt, wenn es in der staatlich verordneten Zwangsjacke immer enger und wärmer wird. Unter der quantitativen Vergrößerung der Universitäten hat die wettbewerbsrelevante Qualitätsverbesserung gelitten. Sie aber ist es allein, die im internationalen Benchmarking zählt. Es reicht nicht aus, beständig auf die gute Durchschnittsqualität deutscher Universitäten zu verweisen und damit das Thema der Eliteausbildung abzutun.

Nun soll ich hier nicht die Argumente pro und contra Bildungsbeiträge wiederholen. Ich halte jedoch fest, dass die *Differenzierung der Angebote* eine durchgängige Forderung der Kongressteilnehmer war, die Professor Küpper noch einmal auf den Punkt gebracht hat. Natürlich müssen spezifische Studienangebote mit spezifischen Inhalten, z.B. mit definierten Leistungen, definierten Betreuungsverhältnissen, definierter Ausstattung der Laboratorien -, unterschiedliche Preise haben. Nur dann ist das Mandat von "Leistung und Gegenleistung" einlösbar. Wer künftig Bildungsbeiträge erhebt, begibt sich gegenüber den Studierenden in eine Vertrauensstellung.

Die Leistungsvereinbarungen müssen eingehalten werden. Die Studierenden haben eine „aktive Kundenposition“ inne und müssen darauf vertrauen können, dass die Qualität der Lehre der im Vorhinein vereinbarten Bildungsbeitrag auch entspricht. Der Bildungsbeitrag begründet ein Vertragsverhältnis.

Die Unentgeltlichkeit des Hochschulstudiums hat nach meiner festen Überzeugung auch eine qualitätsvolle Internationalisierung der Universitäten verhindert. Damit meine ich weniger die Forschung, denn wir haben international guten Zulauf um Forschungsplätze. Aber an der akademischen Ausbildung internationalen Zuschnitts fehlt es eklatant, und dazu hat die Unentgeltlichkeit beigetragen. Denn welche Universität sollte für ihre Gäste ein maßgeschneidertes, niveauvolles Studium vorhalten, teils in englischer Sprache, wenn wir ohnehin schon aus den Nähten platzen? Erst wenn wir ein seriöses Verhältnis haben zu jenen Kosten, die Studienangebote eben nun einmal verursachen, erst dann werden wir auch die Internationalisierung auf Niveau bekommen. Man darf nur dem weltweiten Vergleich nicht aus dem Weg gehen. Nirgends gibt es exzellente Studienangebote ohne Kostenbeteiligung. Wir aber leisten uns die *unentgeltliche Zweitklassigkeit*. Das ist es, was unsere Gäste abschreckt, und so fehlen uns viele potentielle Botschafter unserer Wissenschafts- und Landeskultur. Ja, wir bekommen nicht die Besten ins Land – trotz und wegen der Unentgeltlichkeit!

Was die Beiträge der letzten beiden Tage betrifft, so möchte ich beispielhaft Bezug nehmen auf den nach meiner Meinung überragenden Beitrag von Herrn Abgeordneten Dr. Wilhelm, dem Vorsitzenden des Ausschusses Hochschule und Kultur im Bayerischen Landtag. Herr Dr. Wilhelm hat sich klar und überzeugend zur Notwendigkeit von Kostenbeiträgen für inhaltlich und organisatorisch klar definierte Studienangebote ausgesprochen. Sogar einen ausformulierten Vorschlag für die Erweiterung des Bayerischen Hochschulgesetzes qua Experimentierklausel hat er mitgebracht. Die Universitäten sollen in die Lage versetzt werden, Kostenbeiträge auf der Basis von Qualität zu erheben. Wichtig ist seine Forderung, dass die Beiträge für Studiengänge mit definierter Ausstattung nicht kapazitätswirksam untergehen dürfen. Vielmehr sollen diese Mittel, egal wo sie herkommen, als „*Drittmittel für die Lehre*“ zu behandeln und damit kapazitätsunschädlich sein. Denn sonst wäre nicht nur nichts gewonnen, sondern alles verdorben. Herr Dr. Wilhelm hat auch gesagt, dass zum

Thema Studienfinanzierung nach seiner Auffassung kein Erkenntnisproblem mehr besteht, sondern ein Umsetzungsproblem – vor allem der *Mut zur Umsetzung*, Recht hat er!

In einigen „jungen Beiträgen“, ich greife jene von Frau Cybulski heraus, haben wir gelernt, dass an kleinen, überschaubaren Universitäten wie Witten-Herdecke Studiengebühren motivationsfördernd, identitätsbildend und korporativ wirken. Herr Kollege Schily hat ergänzt, dass die Mitfinanzierung durch die Nutzer auch ein Ausdruck von Partnerschaft sei, zwischen den Studierenden und ihrer Alma mater. Wir haben gehört, dass die Kostenbeteiligung am Studium die Sozialeselektion keineswegs verschärft hat, wie oft behauptet wird. Herr Minister Metelmann hat auf den Aspekt der Solidarität Bezug genommen. Die Unentgeltlichkeit der Universität in den letzten Jahren hat den Zusammenhalt der Studierenden mit ihrer Institution, und vor allem der Ehemaligen mit ihrer Alma mater, nicht gefördert. Im Gegenteil: Wir tun uns trotz positiver Ansätze schwer mit der Bildung von Alumni-Netzwerken. Davon kann ich ein Lied singen. Wir haben an der Technischen Universität zwar mittlerweile 11.000 ehemalige Studierende adressenmäßig erfasst, doch der nachträglich organisierte Prozess ist mühsam. Die Alumni-Netzwerk-Bildung müsste aus der Mitte der Universität heraus erfolgen, und das wird nur möglich sein, wenn die Partnerschaft bereits während des aktiven Studiums erlebt wird. Und hier trifft Herr Petermann vom RCDS den Nagel auf den Kopf: Wenn wir die Institution, die Verbindung zwischen Staat und dem Bürger, noch weiter verengen, dann werden die Bindungen zwischen den Bürgern logischerweise schwächer. Diese Entwicklung wäre für die Ausprägung einer modernen Bürgergesellschaft hinderlich. Man könnte es ins Akademische übersetzen: eine *academic citizenship* als Solidargemeinschaft entsteht nur, wenn es aus Sicht aller ihrer Mitglieder auch wirklich auf den Zusammenhalt ankommt, wenn der Zusammenhalt erfolgsentscheidend ist.

Herr Kollege Gröske konnte uns an den konkreten Beispielen Erlangen und Bayreuth zeigen, wie denn die Anteiligkeit von Kostenbeiträgen unter realistischen Rahmenbedingungen, aussehen könnte. Und es ist schon erstaunlich zu sehen, wie stark die laufenden staatlichen Mittel für den Betrieb einer Universität ergänzt werden können durch die individuellen Studienbeiträge, wenn letztere auf genau definierten Lehrangeboten aufbauen, was heute ja nicht oder nur eingeschränkt der Fall ist.

In zahlreichen Diskussionsbeiträgen wurde darauf hingewiesen, dass wir Finanzierungsmodelle brauchen, die vom Elterneinkommen unabhängig sind. Alle Ideen, die vorgestellt wurden, basieren auf diesem Prinzip, das auf die frühere Selbstständigkeit der Studierenden hinausläuft. Und auch wenn die demographische Prognose düster ist, weil wir uns den Luxus der Armut an Kindern leisten, müssen wir noch mehr Studienplätze vorhalten als bisher, denn es gilt vermehrt Studienplätze für die qualifiziertesten jungen Menschen aus aller Welt vorzuhalten, Es sind genau diese Menschen, die nicht nach Deutschland kommen, um kostenlos mit der U-Bahn oder auf den bayerischen Seen zu fahren, sondern um das Wissen der Zeit und das Handwerkszeug der Wissenschaft zu erwerben, damit sie die Aufbruchstimmung in ihren Heimatländer mitgestalten und ihre Länder international wettbewerbsfähig machen können. Diesen internationalen Aspekt sollten wir nicht klein schreiben, denn unsere eigene Wirksamkeit, ob kulturell oder wirtschaftlich, ist auf Menschen angewiesen, die in Deutschland ausgebildet sind und unsere Kultur kennen.

Konkrete Modelle stellten Herr Jentzsch von der HypoVereinsbank, Herr Kluge von McKinsey, Herr Schmutzler von CareerConcept AG, vor. Interessant ist der Hinweis von Herrn Jentzsch auf Sallie Mae, das amerikanische Modell, das durchaus auf unser System übertragungsgeeignet ist. Wir haben auch gesehen, dass Bildung, grundsätzlich kein Widerspruch zur Marktwirtschaft ist, und schon gar nicht mit sozialer Marktwirtschaft.

Ich freue mich für die Bayerische Rektorenkonferenz, dass dieser Kongress eine so offene Atmosphäre der Diskussion über ein über Jahrzehnte als Tabu geltendes Thema eröffnet hat. Daran haben Sie alle beigetragen, die Redner, die Referenten und die Diskussionsredner. Hierfür danke ich Ihnen sehr herzlich. Ich denke, dass wir mit dieser Konferenz auch als Rektorenkonferenz der elf bayerischen Universitäten einen wichtigen Beitrag zu einer fruchtbaren Streitkultur geleistet haben.

Für das Thema Studienqualität – Studienfinanzierung gilt wohl auch die Erkenntnis des großen Humboldt: Flächendeckende Reformen haben die geringere Erfolgchance als gute Beispiele, die gegebenenfalls aus der Praxiserfahrung heraus noch korrigiert werden müssen. Das gilt für so komplexe Themen wie das unsrige in besonderer Weise, denn es hat ja Rückwirkungen in viele Bereiche der Gesellschaft und des öffentlichen sowie politischen Lebens. Der alte Lateinersatz, denke ich,

stimmt immer noch: *Verba docent*. Vielen Dank, dass Sie uns die Ehre Ihrer Anwesenheit und das Privileg Ihrer Diskussionsbeiträge gegeben haben. Das Thema ist jetzt deutschlandweit eröffnet.